

## **Beschluss**

1. Die städtische Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration nimmt den Entwurf der Fortschreibung des APK zur Kenntnis.
2. Sie beschließt seine inhaltlichen Eckpunkte sowie die dezentralen Entscheidungsverfahren über Controllingausschüsse als jugendpolitische Rahmenvorgaben für die Ausgestaltung der Jugendarbeit auf Stadtteilebene.
3. Für das Jahr 2009 werden die Beträge des Jahres 2008 festgeschrieben. Darüber hinaus sollen die Steigerungen für das Jahr 2009 gemäß Anlage 1 dargestellt werden.
4. Die städtische Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration hält es für erforderlich, dass die Nutzung städtischer Gebäude durch freie Träger für stadtteilbezogene Jugendarbeit unter vergleichbaren Mietbedingungen ermöglicht wird. Die Verwaltung wird gebeten, durch Verhandlungen mit der Senatorin für Finanzen und der GBI das für die übergebenen Jugendfreizeitheimen geltende Mietmodell auch auf andere Jugendeinrichtungen in städtischen Liegenschaften anzuwenden. Mietkosten und Pachtzinsen sollen einheitlich nicht aus den Stadtteilbudgets finanziert werden müssen.
5. Die städtische Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration fordert das Amt für Soziale Dienste und die Controllingausschüsse in den Stadtteilen auf, die jugendpolitischen Aufträge des Anpassungskonzeptes durch Überarbeitung und Neufassung der Stadtteilkonzepte umzusetzen und dabei insbesondere die Aspekte
  - die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf,
  - die verstärkte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen,
  - die sozialraumorientierte Vernetzung mit weiteren jugendrelevanten Partnern und Institutionen und
  - die Öffnung gegenseitiger Nutzung von Serviceangeboten quer über die Stadtteile hinwegzu berücksichtigen.
6. Zur Umsetzung der im Entwurf entwickelten inhaltlichen Ziele und zur Erhaltung bestehender Strukturen hält die städtische Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration auch zukünftig eine Erhöhung des Etats für die stadtteilbezogenen Kinder und Jugendförderung für notwendig. Wenn diese Mittel im Haushalt 2010/2011 bereitgestellt werden, kann dann auch der neue Verteilungsschlüssel zur Anwendung kommen.
7. Die städtische Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration hält eine mittelfristige Planungssicherheit für die Infrastruktur der Kinder- und Jugendarbeit für unverzichtbar. Sie bittet die Senatorin für Finanzen, Realisierungswege zu prüfen.
8. Die städtische Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration bittet um Berücksichtigung der Existenz von sozialen Brennpunkten in Stadtteilen mit guten Sozialindikatoren und der sich daraus ergebenden Notwendigkeit einer qualitativ hochwertigen Kinder- und Jugendarbeit in diesen Stadtteilen.